

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
I. Einleitung	1
II. Grundlagen der Bindungswirkung	5
A. Bindungswirkung als Ausfluss der (materiellen) Rechtskraft	5
1. Grundsätze der Rechtskraftlehre – Die Rechtswirkungen	5
2. Eintritt der Bindungswirkung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen	12
2.1 Die formelle Rechtskraft als Eintrittsvoraussetzung der Bindungswirkung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen?	12
2.2 Abweichender Eintrittszeitpunkt der Bindungswirkung bei schriftlicher Zustellung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung	18
B. Verortung der Bindungswirkung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen im positiven Recht	26
1. Bindungswirkung auf verfassungsrechtlicher Ebene	26
2. Bindungswirkung auf einfachgesetzlicher Ebene	31
2.1 Allgemeines	31
2.2 Festgelegte Bindungswirkung im VwGVG	33
C. Abgrenzung der Bindungswirkung von anderen Begrifflichkeiten	36
1. Tatbestands- und Gestaltungswirkung	36
2. Bindungswirkung und Verbindlichkeit	38
D. Fazit	41
III. Bindung der Verwaltungsbehörde(n) in fortgesetzten Verfahren	45
A. Bindungswirkung von Aufhebungs- und Zurückverweisungs- beschlüssen	45
1. Voraussetzungen zur Erlassung eines Aufhebungs- und Zurück- verweisungsbeschlusses	45
1.1 Allgemeines	45
1.2 Ermessensentscheidungen	52
2. Zur Bindungswirkung	54

B. Bindungswirkung von Teilerkenntnissen	68
1. Allgemeines	68
2. Voraussetzungen zur Erlassung eines Teilerkenntnisses	69
2.1 Die Erlassung des Teilerkenntnisses als Ermessens- entscheidung	69
2.2 Zur Entscheidung von „einzelnen maßgeblichen Rechts- fragen“	73
3. Zur Bindungswirkung	76
3.1 Allgemeines	76
3.2 Gegenstand der Bindung der belangten Behörde	76
3.3 Entscheidung über maßgebliche Rechtsfragen und Anleitungen – im Spruch oder in der Begründung?	79
3.4 Bindende Vorgabe der Ermessensübung durch das VwG? ...	81
C. Bindungswirkung von Kassationserkenntnissen	82
1. Voraussetzungen zur Erlassung eines Kassationserkenntnisses ..	82
2. Exkurs: Ex-tunc-Wirkung von Kassationserkenntnissen	86
3. Zur Bindungswirkung	89
3.1 Allgemeines	89
3.2 Die Bindung der „Behörden“	92
3.3 Die Bindung in „der betreffenden Rechtssache“	94
3.4 Reichweite der Bindung nach § 28 Abs 5 VwGVG	96
3.5 Die „unverzügliche“ Herstellung des der Rechtsanschauung entsprechenden Rechtszustandes – Anwendung auf die Ersatzentscheidung im fortgesetzten Verfahren?	104
3.6 Verhältnis der in § 28 Abs 3 bzw Abs 4 und Abs 5 VwGVG normierten Bindungswirkungen	108
D. Fazit	110
IV. Bindung der kontrollierenden Gerichte in fortgesetzten Verfahren	117
A. Zur Selbstbindung des VwG	117
1. Allgemeines	117
2. Unterlassene Einleitung eines Normprüfungsverfahrens im ersten Rechtsgang	123
3. Missachtung oder Annahme der Selbstbindung als Rechtsmittel- grund	126
3.1 Allgemeines	126
3.2 Missachtung der Selbstbindung	126
3.2.1 Allgemeines	126
3.2.2 Revision	127
3.2.3 Entscheidungsbeschwerde	128
3.3 Rechtsirrigte Annahme einer Selbstbindung trotz wesentlicher Änderung der Sach- oder Rechtslage	131
3.3.1 Allgemeines	131

3.3.2 Revision	131
3.3.3 Entscheidungsbeschwerde	133
B. Zur Bindung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts in fortgesetzten Verfahren	134
1. Allgemeines	134
2. Zur „Ausnahme“ des VfGH von der Bindung	137
2.1 Überblick über die Entwicklung der Rechtsprechung des VfGH	137
2.2 Zur Übertragbarkeit der Rechtsprechung auf die Bindungs- wirkung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen	139
2.2.1 Zur „Ausnahme“ von der Bindung bei Verfassungs- widrigkeit eines präjudiziellen Gesetzes bzw Gesetz- widrigkeit einer präjudiziellen Verordnung	139
2.2.2 Zur „Ausnahme“ von der Bindung bei verfassungs- widriger Auslegung des Gesetzes	144
C. Fazit	149
V. Ebenenübergreifende Perspektiven – „Grenzen“ der Bindungs- wirkung	155
A. Die Grenzen der Bindungswirkung	155
1. Allgemeines	155
2. Objektive Grenzen der Bindungswirkung – Identität der Sache	158
2.1 Identität der Rechtslage	158
2.2 Identität der Sachlage	161
2.3 Identität des Parteienbegehrens	163
2.4 Keine Sachidentität – Verhältnis der älteren zur jüngeren Entscheidung	165
2.5 Maßgeblicher Zeitpunkt für die Nachträglichkeit einer wesentlichen Sach- und Rechtslagenänderung	167
2.5.1 Allgemeines	167
2.5.2 Der Entscheidungszeitpunkt als Stichtag für die maß- gebliche Sach- und Rechtslage	170
2.5.3 Festlegung des maßgeblichen Sachverhaltes durch Schließung des Ermittlungsverfahrens	181
2.5.4 Berücksichtigung von Sach- und Rechtslagen- änderungen und beschränkter Prüfungsumfang nach § 27 VwGVG	183
2.6 Widerspruchsfreiheit, Schlüssigkeit und Klarheit der Entscheidungsbegründung als „absolute“ Grenze der Bindungswirkung	187
3. Subjektive Grenzen der Bindungswirkung	188
3.1 Parteienidentität – Wirkung inter partes	188
3.2 Ausnahmen von der Parteienidentität	189

B. Bindung der Behörde, des VwG und der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts in unionsrechtlichen Fragen	193
1. Allgemeines	193
2. Bindung und Einleitung eines Vorabentscheidungsverfahrens ...	194
2.1 Zur Vorlageberechtigung bzw -verpflichtung	194
2.2 Einholung einer Vorabentscheidung	197
3. Bindung und zwischenzeitlich ergangenes EuGH-Urteil in einem anderen Fall	202
4. Bindung und bereits zum Zeitpunkt der Entscheidungserlassung bestehendes EuGH-Urteil	204
C. Fazit	208
VI. Problemstellungen der weitreichenden Bindungswirkung	213
A. Anfechtung des Aufhebungs- und Zurückverweisungsbeschlusses, des Kassationserkenntnisses und des Teilerkenntnisses	213
1. Allgemeines	213
2. (Eingeschränkte) Anfechtbarkeit	216
2.1 Aufhebungs- und Zurückverweisungsbeschlüsse	216
2.2 Teilerkenntnisse	220
2.3 Kassationserkenntnisse	221
B. Pflicht zur Entscheidung „ohne unnötigen Aufschub“	222
C. „Ermessensschumpfung“ der belangten Behörde im fortgesetzten Verfahren	228
D. Bindung an den vom VwG festgestellten Sachverhalt im fortgesetzten Verfahren?	230
1. Allgemeines	230
2. Neuerungsbefugnisse bei Aufhebungs- und Zurückverweisungsbeschlüssen	238
3. Neuerungsbefugnisse bei Teilerkenntnissen	239
4. Neuerungsbefugnisse bei ersatzlosen Kassationserkenntnissen ..	241
5. Rechtsschutz	242
E. Fazit	244
VII. Zusammenfassende Thesen	249
Literaturverzeichnis	253
Über den Autor	271